

21.02.2014

Die Mitte **CDU**



**ANDREAS
MATFELDT MdB**
VERDEN – OSTERHOLZ

BUNDESTAG AKTUELL

Liebe Freunde,

die Große Koalition ist in einer schwierigen Lage durch das Verhalten der SPD in Folge der Geschehnisse rund um den seinerzeitigen SPD-Abgeordneten Sebastian Edathy. Es ist außerordentlich bitter, dass das Verhalten der SPD zum Rücktritt unseres Bundesministers Dr. Hans-Peter Friedrich geführt hat. Ich danke Hans-Peter Friedrich für seine Arbeit als Bundesminister, die er an verantwortlicher Stelle für Deutschland und die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes geleistet hat.

Die SPD hat nicht nur Vertraulichkeit gebrochen, sondern sich auch in einer Reihe von nicht akzeptablen Widersprüchen verstrickt. Diese müssen jetzt alle aufgeklärt werden. Die SPD ist am Zug. Als Rechtsstaatspartei werden wir alles daran setzen, dass bei der Klärung der offenen Fragen keine Zweifel bleiben. Es liegt nun tatsächlich an der SPD, angeschlagenes Vertrauen wieder herzustellen.

Eine Reihe von Fragen richtet sich auch an die Justizbehörden in Niedersachsen. Hier werden unsere Kolleginnen und Kollegen der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion auf Aufklärung drängen.

Trotz der Belastung in der Großen Koalition muss gerade die Union zeigen, dass sie um die Verantwortung für unser Land weiß. Wir haben große Herausforderungen in Europa und bei der Frage von Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Wir müssen alles daran setzen, dass die gute wirtschaftliche Lage unseres Landes und die damit verbundene gute Situation auf dem Arbeitsmarkt erhalten bleiben. Nur so werden wir unser Ziel erreichen, dass es den Menschen in vier Jahren besser geht.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'A. Matfeldt'.

Kinder-Nacktfotos: Grauzone beheben

In der aktuellen Diskussion kommen mir die Opfer – nämlich die Kinder und Jugendlichen, die auf sogenannten Posing-Videos zu sehen sind – viel zu kurz. Genauso wie sicherlich zahlreiche andere Mütter und Väter möchte ich mir meine Kinder nicht auf derartigen Videos vorstellen. Oftmals existieren diese Fotos oder Videos jahrelang im Internet und die Kinder und Jugendlichen darauf sind auf längere Zeit stark traumatisiert.

Es ist erschreckend genug, dass es hier offensichtliche eine Grauzone gibt. Hier sind gerade wir als Unionsabgeordnete gefordert, genau zu prüfen ob und wie wir diese sogenannten Posing-Videos bzw. –Fotos aus der Grauzone herausholen können und unser Strafrecht entsprechend angepasst werden kann. Deshalb begrüße ich den Vorstoß meiner Kollegin und stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Nadine Schön, die eine Untersuchung in Auftrag gegeben hat, um unser Rechtssystem mit Blick auf Kinderpornographie und „Posing“ mit dem anderer Länder zu vergleichen. Auch die Strafverfolgung muss überprüft und international angepasst werden.

Mit dem Körper minderjähriger Kinder und Jugendlicher dürfen keine Geschäfte gemacht werden und sie dürfen nicht zu Objekten sexueller Neigungen werden. Deswegen ist die Bagatellisierung der Fotos unsäglich. Solche Fotos und Videos sind moralisch abstoßend.

Möglicherweise wird es schwierig werden, diese Lücke zu schließen. Aber wir müssen zumindest prüfen, ob die entsprechenden Gesetze verschärft werden können – ohne die Rechte eines jeden von uns einzuschränken, Erinnerungsfotos von unseren Kindern im Urlaub machen zu dürfen.

Winterferien: Erste Hürde genommen

Ich habe mit meinem Vorstoß, die niedersächsischen Winterferien von zwei auf fünf Tage auszuweiten, eine erste Hürde genommen. Ich hatte die niedersächsische Kultusministerin Frauke Heiligenstadt angeschrieben und darum gebeten, sich bei der Kultusministerkonferenz 2015 dafür einzusetzen, dass die Winterferien in Niedersachsen von zwei auf fünf Tage ausgedehnt werden. Diese drei Tage sollten nach meinem Vorschlag bei den Sommerferien eingespart werden, sodass die de facto Ferienlänge pro Jahr nicht ansteigt.

Die Antwort aus dem Kultusministerium lässt mich hoffen, dort heißt es: „Für die Schuljahre ab 2017/2018 wird in Niedersachsen ein Erlassentwurf erarbeitet, der eine Variante mit und eine ohne Winterferien enthält.“ Dieser Erlass soll dann in das Anhörungsverfahren eingebracht werden und anschließend wertet das Landesministerium die Stellungnahmen aus.

Damit ist die erste Hürde genommen und ich konnte bereits einen Teilerfolg für meinen Vorstoß verzeichnen. Ich hoffe nun, dass dieser Erlass nicht wieder von den Interessenvertretern der niedersäch-

sischen Tourismuswirtschaft vor allem aus den Seebad-Regionen abgelehnt wird und die Landesregierung vor diesem Widerstand einknickt. Die Wegnahme von drei Ferientagen im Sommer führt nicht zwingend zu einem Einbruch bei der niedersächsischen Tourismusindustrie. Denn gerade in Niedersachsen lässt es sich zu jeder Jahreszeit hervorragend Urlaub machen. Ich erhalte sehr positive Unterstützung aus der Tourismusregion Harz, die gerade nach den enormen Investitionen in die Ski-Gebiete zusätzliche Übernachtungen dringend benötigt.

Außerdem hatte ich zur Kompensation für die niedersächsische Tourismuswirtschaft vorgeschlagen, den Ferienkorridor von 80 auf 90 Tage auszuweiten. Hierauf antwortete das Kultusministerium, dass der Gesamtferienzeitraum von 2011 bis 2017 nur im Jahr 2014 bei unter 80 Tagen läge – sonst läge er immer darüber. Ich lese aus den aufgeführten Gründen, die gegen eine Ausweitung sprechen, eine ablehnende Haltung des Ministeriums gegenüber einer Ausweitung des Korridors heraus.

Maritime Sicherheit

In dieser Woche habe ich mich mit meinen beiden Kollegen im Haushaltsausschuss, Anette Hübinger und Eckhardt Rehberg, getroffen. Wir haben uns dabei über das Projekt Forschung und Entwicklung für die Maritime Sicherheit unterhalten. Finanziert wird es zu einem Großteil durch den Bund und zu einem kleineren Anteil durch die Bundesländer, in denen es umgesetzt wird. Im Bund sind sowohl das Bundesforschungsministerium als auch das Bundeswirtschaftsministerium (für dessen Etat ich zuständig bin) beteiligt. Mein Kollege Eckhardt Rehberg hatte als Maritimer Koordinator unserer Fraktion zu diesem Termin eingeladen.

Bei dem Projekt geht es darum, bisherige

Kompetenzen des DLR in Bereichen Satellitenmissionen, Erdbeobachtung sowie Navigation, Kommunikation, Flugführung und Flughafensicherheit zu bündeln und zu erweitern, um so einen Beitrag zur Verbesserung der maritimen Sicherheit v.a. für Nord- und Ostsee aber auch in ausgewählten internationalen Gewässern zu leisten. Ein Teil dieses Projektes wird auch bei uns im benachbarten Bremen umgesetzt.



Deutschlandtourismus erreicht Rekordwert

Der Deutschlandtourismus erreichte im letzten Jahr einen Rekordwert.

Mit 410,8 Millionen Übernachtungen von in- und ausländischen Gästen in deutschen Beherbergungsbetrieben wurde 2013 ein neuer Rekordwert erreicht.

Die Zahl stieg im Vergleich zum Vorjahr um 1 %. Während die Zahl von Übernachtungen inländischer Gäste nahezu konstant bei 339,2 Millionen lag, stieg die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland um 4 % auf 71,6 Millionen.

Der bereits am 22. Mai 2013 durch das damalige Bundeskabinett beschlossene tourismuspolitische Bericht unterstreicht die hohe Bedeutung des Tourismus für nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche.

Eine Studie belegt den ökonomischen Stellenwert des Tourismus für die deutsche Wirtschaft. So hängen etwa 2,9 Millionen Erwerbstätige und 280 Milliarden Euro Wertschöpfung an diesem Wirtschaftszweig.

Erfreulich ist, dass Deutschland bei den Gästeübernachtungen doppelt so viel zulegen konnte wie der europäische und weltweite Durchschnitt.

Der Bericht verdeutlicht auch, dass eine bessere touristische Erschließung oft eine besondere Chance für ländliche Räume darstellt.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 22

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Tatjana Range